



Sitzungsniederschrift

Rat der Stadt Norderney

Sitzungsort:	Conversationshaus, Weißer Saal, Am Kurplatz 1	
Sitzungsdatum:	07.12.2017	Niederschrift gefertigt am: 14.03.2018
öffentlich	Beginn: 18.00 Uhr	Ende: 19.25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

RV Manfred Hahnen

Stimmberechtigtes Mitglied

stv. RV Silvia Selinger-Hugen

2. stv. BM Jann Ennen

BG Stefan Wehlage

RM Hayo F. Moroni

BG Bernhard Onnen

BG Johannes Terfehr

BM Frank Ulrichs

RM Anfried Hauschild

RM Anke Dröst

BG Axel Stange

RM Reinhard Kiefer

RM Tobias Schnippering

1. stv. BM Henning Padberg

Von der Verwaltung

AV Holger Reising

StAR Jürgen Vißer

Dipl.-Ing. Frank Meemken

Schriftführer

Verw.-Angest. Irene Köß

Entschuldigt fehlen:

RM Jens Podein

RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann

RM Jutta Wunsch

Tagesordnung

5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
6. Bebauungsplan Nr. 30. "Am Kap", 7. Änderung
 - a) Beratung über die Abwägung
 - b) Satzungsbeschluss
7. Abwassergebühren; Nachkalkulation für das Jahr 2016, Kalkulation für das Jahr 2018 und 15. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Gebührensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 12.12.2000
8. Straßenreinigungsgebühr; Nachkalkulation für das Jahr 2016, Kalkulation für das Jahr 2018 sowie 10. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung der Stadt Norderney
9. Mitteilung nach § 7 der Richtlinie für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten nach § 120 I 2 NKomVG über die Aufnahme eines Kredites über 4,0 Mio. EUR
10. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung
Tilgung eines Darlehens wegen auslaufender Zinsfestschreibung
11. 4. Änderung der Parkgebührenordnung
12. 1. Änderung der Norderneyer Lärmschutzverordnung
13. Mitteilungen der Verwaltung
14. Anfragen und Anregungen
15. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

TOP 5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

RV Hahnen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Er teilt mit, dass die Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.11.2017 (ursprünglich TOP 6) auf die nächste Ratssitzung verschoben werden müsse. Dadurch verschoben sich die folgenden Tagesordnungspunkte.

2. stellv. BM Ennen beantragt für seine Gruppe, TOP 6 – neu - (Bebauungsplan Nr. 30 „Am Kap“) von der Tagesordnung abzusetzen. Zur Begründung führt er weiteren Beratungsbedarf an. BM Ulrichs antwortet, dass über das Thema in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses diskutiert worden sei. Es habe sich in der Sitzung abgezeichnet, dass es heute eine Entscheidung geben könne.

Beschluss

TOP 6 - neu - (Bebauungsplan Nr. 30 „Am Kap“, 7. Änderung) soll von der Tagesordnung abgesetzt werden.

6 Stimme/n dafür

8 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

RV Hahnen teilt mit, dass damit der TOP auf der Tagesordnung bleibe.

RM Moroni beantragt, TOP 13 - neu - („Weiteres Vorgehen Unterschriftenaktion Bürgerinitiative Gartenstadt; ggf. Durchführung einer Einwohnerbefragung gemäß § 35 NKomVG“) von der Tagesordnung abzusetzen. Die Erörterung des Themas in dieser Sitzung halte er für rechtlich unzulässig. Hinsichtlich der Durchführung einer Einwohnerbefragung bedürfe es einer erneuten rechtlichen Prüfung insbesondere der Zulässigkeit durch den dafür zuständigen Verwaltungsausschuss. Der Verwaltungsausschuss habe mit Beschluss vom 18.11.2015 der Einleitung eines Verfahrens zur Neuaufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 60 „Gartenstadt“ zugestimmt. Damit habe die Stadt bekundet, dass sie dieses Vorhaben für die städtebauliche Entwicklung Norderneys für erforderlich halte. Der Verwaltungsausschuss habe in zwei Sitzungen (14.06.2017 und 29.11.2017) zwei Voten abgegeben, eine Einwohnerbefragung nicht durchzuführen. In seiner Sitzung vom 31.05.2017 habe der Verwaltungsausschuss die Durchführung eines Bürgerbegehrens für unzulässig erklärt. An diese Beschlüsse sei der Bürgermeister gebunden. Nach § 85 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG habe der Bürgermeister die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses einzuhalten und auszuführen. Er könne diese Beschlüsse nicht umgehen, indem er sie auf die Tagesordnung setze, um ggf. einen anderweitigen Beschluss des Rates herbeizuführen.

Man könne die Einreichung der Unterschriftenlisten umdeuten in einen Einwohnerantrag gem. § 31 NKomVG. Dieser Einwohnerantrag bedürfe der Schriftform. Einen solchen schriftlichen Antrag gebe es nicht. Auch vor diesem Hintergrund dürfe heute vom Rat kein Beschluss gefasst werden. Darüber hinaus habe der Bürgermeister bei der Aufstellung der Tagesordnung nach seinen Informationen nicht das erforderliche Benehmen mit dem Ratsvorsitzenden eingeholt. Außerdem bedürfe es einer Prüfung der gesamten Unterschriftenliste durch den Verwaltungsausschuss.

BM Ulrichs antwortet, dass der Rat nach § 35 NKomVG für die Entscheidung über eine Einwohnerbefragung zuständig sei und nicht der Verwaltungsausschuss. Der Verwaltungsausschuss habe sich mit der Angelegenheit zweimal befasst. Er verstehe nicht die Befürchtungen von RM Moroni, denn die Ergebnisse seien in den Sitzungen deutlich gewesen und die Abstimmung könne heute auch im Sinne von RM Moroni laufen. Den Vorwurf, dass er an der Kommunalverfassung vorbei im eigenen Ermessen Zuständigkeiten begründe, halte er für „abenteuerlich“. Es seien mehr als 800 Unterschriften bei der Stadt eingereicht worden. Ein Bürgerbegehren sei nicht in Frage gekommen, und deshalb seien die Unterschriften gesammelt worden. Im Rathaus müsse überlegt werden, wie damit umzugehen sei. Etwas anderes sei heute Abend nicht gewollt. Dies sei eine freie Entscheidung des Rates.

Die Prüfung der Unterschriftenlisten obliege der Verwaltung und nicht dem Verwaltungsausschuss. Das Ergebnis der Prüfung sei eindeutig. Es sei der Einwand vorgebracht worden, dass die Befragung in der Einwohnerschaft aufgrund unterschiedlicher Texte erfolgt sei. Es habe vorgefertigte Listen und Anzeigen in der örtlichen Presse gegeben, die ausgeschnitten und unterschrieben werden konnten. Es gebe allerdings für das Sammeln der Unterschriften kein formelles Verfahren. Deshalb habe man den unterschiedlichen Texten keine wesentliche Bedeutung beigemessen. Im Übrigen seien weniger als 20 Unterschriften aufgrund einer Zeitungsanzeige eingereicht worden. Der Rat müsse nur darüber entscheiden, wie man mit diesen Unterschriften umgehen wolle. Setze man den TOP heute ab, verschiebe man ein Problem.

RM Moroni entgegnet, dass der Vortrag des Bürgermeisters politisch opportun sei, jedoch mit dem Gesetz wenig zu tun habe. Die Unterschriftenliste müsse juristisch behandelt werden. Der Bürgermeister habe die Einwohnerbefragung auf die Tagesordnung gesetzt, obwohl der Verwaltungsausschuss eine solche schon abgelehnt habe. BM Ulrichs antwortet, dass es sich nur um Empfehlungsbeschlüsse des Verwaltungsausschusses gehandelt habe.

Beschluss

TOP 13 - neu - („Weiteres Vorgehen Unterschriftenaktion Bürgerinitiative Gartenstadt; ggf. Durchführung einer Einwohnerbefragung gemäß § 35 NKomVG“) soll von der Tagesordnung abgesetzt werden.

8 Stimme/n dafür

6 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

Damit wird TOP 13 von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 6. Bebauungsplan Nr. 30. "Am Kap", 7.Änderung **a) Beratung über die Abwägung** **b) Satzungsbeschluss**

Dipl.-Ing. Meemken bemerkt, dass der Bebauungsplan nach vier Wochen unverändert erneut zur Abstimmung stehe, weil es zwischendurch eine Beratung im Verwaltungsausschuss gegeben habe, bei der sich eine Tendenz für eine Zustimmung am heutigen Abend abgezeichnet habe. Irritationen habe es gegeben, weil vermutlich nicht allen Ratsmitgliedern dieselben Informationen vorgelegen hätten. Es bestehe kein Zweifel an der Rechtssicherheit des Bebauungsplans.

1. stellv. BM Padberg zeigt sich irritiert darüber, dass das Meinungsbild sich innerhalb von so kurzer Zeit verändert habe. BM Ulrichs meint, dass er sich schon über das Abstimmungsergebnis in der letzten Ratssitzung gewundert habe. Im Verwaltungsausschuss habe es im Vorfeld eine mehrheitliche Entscheidung für den Bebauungsplan gegeben.

BG Wehlage teilt mit, dass seine Fraktion in der letzten Ratssitzung mit Nein gestimmt habe, um deutlich zu machen, dass die Baugrenze bei zwei Grundstücken an der falschen Stelle verlaufe. Jedoch benötige das Altenheim einen rechtsverbindlichen Bebauungsplan. Durch mehrere Gespräche sei seiner Fraktion deutlich geworden, dass es wesentlicher sei, wie groß auf dem Grundstück gebaut werde, als wo dort gebaut werde. Seine Fraktion werde deshalb heute mit Ja stimmen.

RM Kiefer meint, dass es richtig sei, nach einer Ablehnung erneut in eine Beratung einzutreten und so zu neuen Überlegungen zu gelangen. RM Moroni erklärt, dass für ihn nach wie vor erheblicher Klärungsbedarf bestehe. Deshalb habe er für die Absetzung dieses TOPs gestimmt. RM Selinger-Hugen versteht nach wie vor nicht, dass zwei Einzelgrundstücke herausgegriffen und separat behandelt würden. BG Wehlage meint, dass kaum etwas so intensiv diskutiert worden sei wie dieser Bebauungsplan.

BM Ulrichs weist darauf hin, dass man niemanden in seinen Rechten beschneide. Man habe die Baugrenze und den Bauteppich verändert. Allerdings gebe es Grenzen im Zusammenhang mit der Gleichbehandlung.

Beschluss

- a) Die während der Auslegungsverfahren zur 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „Am Kap“ vorgebrachten Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen. Die öffentlichen und privaten Belange werden gem. § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch (BauGB) untereinander und gegeneinander abgewogen. Die Zusammenstellung (Anlage) ist Bestandteil des Beschlusses.
- b) Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) – alle Bestimmungen in der derzeit gültigen Fassung – wird die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „Am Kap“ mit der dazugehörigen Begründung als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung und der Begründung.

8 Stimme/n dafür

5 Stimme/n dagegen

1 Enthaltung

TOP 7. Abwassergebühren; Nachkalkulation für das Jahr 2016, Kalkulation für das Jahr 2018 und 15. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Gebührensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 12.12.2000

Beschluss

Die Nachkalkulation für das Jahr 2016 wird in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Die 15. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Gebührensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 12.12.2000 wird in der beigefügten Entwurfsfassung mit den Gebührensätzen

Abwassergebühr je cbm Schmutzwasser jährlich 1,91 EUR

Abwassergebühr für die Beseitigung von Niederschlagswasser
je qm bebaute und befestigte Fläche jährlich 0,49 EUR

mit Wirkung vom 01.01.2018 auf der Grundlage der vorgelegten Kalkulation beschlossen.

14 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

TOP 8. Straßenreinigungsgebühr; Nachkalkulation für das Jahr 2016, Kalkulation für das Jahr 2018 sowie 10. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung der Stadt Norderney

Beschluss

Die 10. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung) vom 12.12.2006 mit den Gebührensätzen

Reinigungsgebühr (EUR / Meter Straßenfront)	
Reinigungsklasse 1	3,30 EUR
Reinigungsklasse 2	5,21 EUR
Reinigungsklasse 3	8,51 EUR

Reinigungsklasse 4	13,76 EUR
Reinigungsklasse 5	16,24 EUR
Reinigungsklasse 6	20,36 EUR

wird in der Fassung des dieser Sitzungsvorlage beigefügten Entwurfs mit Wirkung zum 01.01.2018 unter Berücksichtigung der anliegenden Kalkulation für das Jahr 2018 beschlossen.

14 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 0 Enthaltungen

TOP 9. Mitteilung nach § 7 der Richtlinie für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten nach § 120 I 2 NKomVG über die Aufnahme eines Kredites über 4,0 Mio. EUR

Von der Kreditaufnahme über 4.000.000 EUR bei der Deutschen Kreditbank AG wird Kenntnis genommen.

**TOP 10. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung
Tilgung eines Darlehens wegen auslaufender Zinsfestschreibung**

Beschluss

Die überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 149.879,67 € bei Buchungsstelle 61.2.02/9900.7927300 (Tilgung von Darlehen für Investitionen) wird genehmigt.

Deckung erfolgt über Buchungsstelle 36.5.01/7001.7871000 (Anbau ev. Kindergarten).

14 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 0 Enthaltungen

TOP 11. 4. Änderung der Parkgebührenordnung

Beschluss

Dem vorliegenden Entwurf der 4. Änderung der Parkgebührenordnung wird zugestimmt.

12 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 2 Enthaltungen

TOP 12. 1. Änderung der Norderneyer Lärmschutzverordnung

Beschluss

Dem anliegenden Entwurf der 1. Änderung der Norderneyer Lärmschutzverordnung wird zugestimmt.

13 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 1 Enthaltung

BG Wehlage meint, dass sich der Rat einer Insel im Weltnaturerbe Wattenmeer mit der Thematik „Feuerwerk“ beschäftigen müsse. Von anderen Inseln und vom Festland wisse man, dass Lichtspiele mit Musikbegleitung eine gute Alternative zu Feuerwerken sein könnten.

TOP 13. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

TOP 14. Anfragen und Anregungen

a) BG Terfehr bezieht sich auf TOP 7 (Abwassergebühren) und stellt fest, dass die Fläche der Versiegelung in bestimmten Wohngebieten zunehme. Er fragt, wann die versiegelten Flächen zuletzt festgestellt worden seien. RM Kiefer antwortet, dass dies zuletzt 2016 stattgefunden habe. BM Ulrichs ergänzt, dass dies wegen des hohen Aufwandes nur alle paar Jahre geprüft werde. BG Terfehr fragt, was bei großflächigen Versiegelungen geschehe, die nicht der entsprechenden Baugenehmigung entsprächen. BM Ulrichs antwortet, dass solche bei der Auswertung der Luftbilder auffielen.

b) BG Wehlage meint, dass BM Ulrichs bei der Übergabe der Unterschriftenlisten durch die Bürgerinitiative deutlich gemacht habe, er werde die Thematik im Rat zur Diskussion stellen. Er finde es erstaunlich, dass der Rat mehr als 800 Unterschriften ignoriere. Selbstverständlich hätte seine Fraktion einen Antrag gestellt, wenn dies notwendig gewesen sei, um den Rat mit der Thematik zu befassen. BG Terfehr ist der Auffassung, dass mehr als 800 Unterschriften ein deutliches Zeichen seien. Ein Beschluss des Rates dürfe jedoch dem rechtlichen Widerspruch des Investors nicht Tür und Tor öffnen. Seiner Meinung nach werde der Investor die Einlegung von Rechtsmitteln nicht scheuen. Er weist darauf hin, vor 2 Jahren sei dem Investor signalisiert worden, dass sein Plan genehmigt werde, wenn er sich an bestimmten engen Kriterien orientiere. Werde trotzdem eine Bürgerbefragung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass die „Gartenstadt“ mehrheitlich abgelehnt werde, so könne der Rat nicht anders, als diesem Votum zu folgen. Dies sei dann eine „Steilvorlage“ für den Investor.

Dipl.-Ing. Meemken weist darauf hin, dass es auch bei einem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan kein Recht auf Bauleitplanung gebe. Wesentlicher Bestandteil jedes Durchführungsvertrages sei der Passus, dass die Planungshoheit der Gemeinde unberührt bleibe. RM Moroni weist auf das „Willkürverbot“ hin.

c) RM Dröst stellt den Antrag, der Rat solle sich bei der nächsten Klausurtagung mit dem Kommunalverfassungsrecht beschäftigen. Ihr es sei es peinlich, dass vor den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werde, wie Gesetze auszulegen seien.

TOP 15. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

a) Frau Dr. Oswald bedauert es außerordentlich, dass der Tagesordnungspunkt zur Einwohnerbefragung abgesetzt worden sei. 835 Bürgerinnen und Bürger hätten das „moralische Recht“, dass darüber diskutiert werde.

b) Herr Luttmann vermisst einige Sätze von BM Ulrichs zum zunächst gescheiterten 5-Sterne-Hotel-Projekt. BM Ulrichs antwortet, dass er in der Sitzung darauf eingegangen wäre, wenn es etwas gebe, was die Öffentlichkeit über die Presse noch nicht erfahren hätte. Der Rat habe sich seit der Entscheidung der Bietergemeinschaft noch nicht wieder mit dem Thema befasst. Man habe im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kurz darüber gesprochen und sich darauf verständigt, dass man sich mit der Thematik ab Januar beschäftigen wolle. Konkrete Fragen wolle er heute gern beantworten.

c) Frau Rass warnt davor, dass die Unterschriftenlisten in den politischen Kreisen „herumgereicht“ würden. StAR Vißer meint, dass ein Einwohnerantrag für die Verwaltung nie ein Thema gewesen sei. RM Moroni habe einen Einwohnerantrag ins Spiel gebracht, der an bestimmte Formalien gebunden sei. Durch die Vielzahl der Unterschriften sei lediglich dokumentiert, dass eine Einwohnerbefragung durchgeführt werden könne, bei deren Durchführung keine Unterschriften geprüft werden müssten.

d) Herr Jentsch fragt, warum RM Moroni solch eine Angst vor einer Bürgerbefragung habe. RM Moroni antwortet, dass er davor keine Angst habe.

e) Frau Judel wehrt sich dagegen, dass die Unterschriften einem politischen Gremium zur Verfügung gestellt würden. Die Vertreter der Bürgerinitiative hätten den Bürgerinnen und Bürgern, die unterschrieben hätten, zugesichert, dass die Unterschriften nur in die Hände der Initiative und derjenigen

in der Verwaltung kämen, die die Unterschriften zu prüfen hätten. Sie wolle nicht, dass den Unterstützern „ein Bein gestellt“ werde aufgrund der Unterschrift.

f) Frau Rass fragt nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich der Verträge zur „Gartenstadt“. AV Reising antwortet, dass man sich erst heute das Kurzgutachten des auf Wunsch der Politik eingeschalteten Rechtsanwalts habe ansehen können. Der Text habe einen Umfang von 17 Seiten. Er beinhalte u. a. Hinweise für die Verwaltung zur Ergänzung des Vertragstextes. Der Rechtsanwalt mache darauf aufmerksam, dass das Sicherungsbedürfnis bei einem Einheimischenmodell sich mit fortschreitender Zeit verringere. Gleichzeitig vergrößere sich die Verfügungsbefugnis des Eigentümers. Eine dauerhafte Absicherung sei vor diesem Hintergrund nicht möglich. Es handele sich um die Meinungsäußerung eines Rechtsanwaltes, nicht um ein Urteil. Man könne auch zu anderen Erkenntnissen kommen.

g) Herr Jentsch fragt BG Terfehr, ob seine Bedenken nach der Antwort von Dipl.-Ing. Meemken unter TOP 14 b) ausgeräumt seien. BG Terfehr antwortet, dass seine Bedenken weder ausgeräumt noch bestätigt worden seien. Er habe sich Informationen von fachlicher Seite eingeholt, die in Teilen anders seien als das hier Gesagte. Über 800 Unterschriften könne man nicht hinwegsehen. Er habe nichts gegen eine Bürgerbefragung.

h) Herr Jentsch erkundigt sich, was nun mit den Unterschriften geschehe. BM Ulrichs antwortet, dass im Verwaltungsausschuss darüber beraten werde. RV Hahnen ergänzt, dass das Thema mit der heutigen Abstimmung nicht endgültig vom Tisch sei.

i) Herr Sauerbrey stellt sich als Anlieger des Grundstücks „Gartenstadt“ vor. In der Vergangenheit sei das Grundstück nicht bebaut worden, weil keine Bebauung in zweiter Reihe gewünscht gewesen sei. Nach dem Verkauf des Grundstücks habe man einer Bürgerinitiative Mut gemacht, Stimmen zu sammeln gegen eine Verdichtung. Demokratie heiße, dass die gewählten Herrschaften das Volk vertreten. Nun habe sich das Volk zu Wort gemeldet und „hintenherum“ werde deutlich, dass man einem Investor Hoffnungen gemacht habe. Der Rat diskutiere, wie man sich zu verhalten habe, wenn eine Befragung durchgeführt werde, die nicht so ausgehe, wie man sich dies gegenüber dem Investor vorgestellt habe. Er habe kein Verständnis dafür, dass 2. stellv. BM Ennen in der Sitzung gesagt habe „Dann läuft das so aus wie beim Golfplatz“.

2. stellv. BM Ennen antwortet, dass das Gutachten den Ratsmitgliedern noch gar nicht vorliege. Somit könne es bisher nicht in eine Wertung einfließen. Es gebe keine Versprechungen an den Investor. Wenn alle Fakten vorlägen, könne seriös entschieden werden. Für diese Entscheidung seien die Ratsmitglieder gewählt worden.

j) Frau Judel bemängelt, dass in der Einladung zu dieser Sitzung von einer „Bürgerinitiative Gartenstadt“ die Rede sei. Es gebe keine Initiative mit diesem Namen, sondern die Bürgerinitiative nenne sich „Lebenswerte Insel Norderney“ und es gehe ihr um die gesamte Insel. Ausgangspunkt der Tätigkeit der Bürgerinitiative sei lediglich gewesen, dass mit der „Gartenstadt“ eine große Fläche versiegelt werden solle.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Hahnen
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Köß
(Protokollführerin)

